Polen, Deutschland, Russland im Europa des 21. Jahrhunderts

von Dr. Andreas Schockenhoff MdB

Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Koordinator für die deutsch-russische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit

Rede an der Kardinal Wyszynski-Universität, Warschau, 13.März 2013

Anrede

Es ist für mich eine große Ehre, an dieser namhaften Universität eine Rede zu den Beziehungen Polens, Deutschlands und Russlands halten zu dürfen.

Kardinal Wyszynski ist mir als ein großer polnischer Patriot, als geistiger Führer und als Wahrer der christlichen Identität des polnischen Volkes in Zeiten der kommunistischen Repressionen in Erinnerung. Er ist einer der Autoren des Hirtenbriefs der polnischen katholischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder. Die darin geäußerte Vergebungsbitte „*Wir vergeben und bitten um Vergebung*“ erfolgte in schwierigsten Zeiten und war als einer der ersten Schritte für die spätere Aussöhnung unserer beiden Völker und für die Überwindung der Teilung Europas von bahnbrechender Bedeutung. Und ich denke an den mäßigenden Einfluss, den Kardinal Wyszynski in der Auseinandersetzung zwischen dem kommunistischen Regime und der Gewerkschaftsbewegung „Solidarnosc“ hatte. Das mutige Wirken der Männer und Frauen von „Solidarnosc“ war die Keimzelle der Überwindung der Teilung unseres Kontinents. Und es waren Politiker und Berater der „Solidarnosc“, die noch vor dem Wendejahr 1989 einen Paradigmenwechsel der polnischen Deutschland-Politik vordachten und durchsetzen. Nicht die Teilung, die das deutsche Potenzial verringere, sondern die Vereinigung Deutschlands liege im polnischen Interesse, argumentierten sie. Gerade diese polnische Position hat dann auch in der entscheidenden Phase 1989/90 zur Wiedervereinigung meines Landes beigetragen.

Meine Damen und Herren!

Wenn es um die Beziehungen zu Russland geht, dann können wir feststellen, dass Polen und Deutschland heute sehr ähnlich denken und handeln. Das war nicht immer so. Dass unsere beiden Regierungen heute nicht nur hinsichtlich der Analyse, sondern vielmehr auch bei der strategischen Frage des „Was tun?“ weitestgehend an einem Strang ziehen, das ist ein wertvolles Gut! Denn wenn sich Polen und Deutschland mit Blick auf Russland einig sind,

dann haben wir auch die Möglichkeit, in der gesamten Europäischen Union einen Konsens für eine kohärentere Russland-Politik zu entwickeln.

Warum spreche ich mich für eine kohärentere Russland-Politik der EU aus? Hat nicht das vergangene Jahr eine neue Geschlossenheit der Europäischen Union in ihren Beziehungen zu Russland gezeigt? Warum noch mehr Kohärenz?

Zunächst einmal: Diese neue Geschlossenheit ist sehr zu begrüßen. Denn sie ist die wichtigste Grundlage für eine möglichst effektive Zusammenarbeit mit Russland. Je geschlossener die EU auftritt, je solidarischer sie Versuchen Moskaus begegnet, zwischen einzelnen Mitgliedstaaten zu differenzieren oder sie gar gegeneinander auszuspielen, desto wirksamer wird die EU in ihrer Politik gegenüber Russland sein.

Es stellt sich allerdings die Frage, ob diese Geschlossenheit nur eine Reaktion auf die zunehmend repressive Entwicklung in Russland und die geringer gewordene Kooperationsbereitschaft der russischen Führung ist.

Oder geht die Geschlossenheit darüber hinaus? Sind wir uns wirklich über die Ziele einig, die wir gemeinsam mit Russland erreichen wollen?

Und sind wir uns darüber hinaus einig über das, was wir Russland abverlangen wollen und wie wir reagieren sollten, wenn die russische Führung weiterhin wenig Kooperationsbereitschaft zeigt? Präsident Putin scheint seit seinem erneuten Amtsantritt der Fehleinschätzung zu unterliegen, dass Russland die enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Union nicht brauche.

Um es klar zu sagen: Wir haben ein strategisches Interesse an einer engen Zusammenarbeit mit einem starken, politisch und wirtschaftlich modernen, rechtstaatlich-demokratisch verfassten und handelnden Russland. In diesem Sinne sollten wir eine umfassende Modernisierungspartnerschaft mit Russland anstreben, langfristig die EU-Russland-Beziehungen mit dem Ziel eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes von Wladiwostok bis Lissabon vertiefen und gemeinsam mehr für eine gesamteuropäische und globale Friedensordnung leisten.

Dieses Interesse ergibt sich aus der Tatsache, dass Russland und die EU in Folge der wachsenden internationalen und globalen Herausforderungen im 21. Jahrhundert - gemeinsam mit den USA - enger zusammenarbeiten sollten, um gemeinsame Interessen zu sichern, gemeinsame Risiken besser bekämpfen und gemeinsame Gestaltungsmöglichkeiten wahrnehmen zu können.

Ich lasse mich dabei von folgender Überzeugung leiten: Unsere Beziehungen sind durch ein breites Feld gegenseitiger Abhängigkeiten geprägt. Eine stabile und prosperierende Entwicklung Europas wird am besten mit, aber nicht gegen Russland zu erreichen sein. Und nicht zuletzt steht Russland auf Grund einer gemeinsamen Tradition in Geschichte, Kultur

und Geistesgeschichte wie auch in Wertefragen grundsätzlich dem Westen näher als viele anderen Staaten.

Doch wenn die russische Regierung – wie derzeit - nicht eng mit der EU zusammenarbeiten will, erst Recht wenn sie eingegangene Verpflichtungen nicht einhält, sollten wir nicht ständig fragen, mit welchen zusätzlichen Maßnahmen und Schritten wir Russland für eine engere Kooperation gewinnen könnten. Wir sollten lernen, gelassen abzuwarten, bis Russland eine engere Zusammenarbeit für opportun hält.

Denn Russland braucht die Europäische Union mehr, als dies umgekehrt der Fall ist. Russland ist zu eng mit der Europäischen Union verknüpft, als dass es sich zurückziehen könnte. Dies betrifft nicht nur die ökonomischen Beziehungen, sondern auch die Tatsache, dass der größte Teil der russischen Gesellschaft und auch der politischen Eliten eindeutig europäisch ausgerichtet sind.

Meine Damen und Herren!

Über all das brauchen wir einen offenen, wenn nötig auch streitigen Dialog mit Russland!

Das betrifft beispielsweise die Entwicklungen in Russland. In kürzester Zeit wurden seit dem erneuten Amtsantritt von Präsident Putin gesetzgeberische und juristische Maßnahmen ergriffen, die auf eine wachsende Kontrolle aktiver Bürger abzielen, die kritisches Engagement kriminalisieren und die einen konfrontativen Kurs gegenüber Regierungskritikern bedeuten. Wenn in einem Mitgliedsstaat des Europarates Demokratiestandards zurück gedreht, Rechtsstaatlichkeit eingeschränkt und repressive Tendenzen weiter verschärft werden, dann kann uns das nicht gleichgültig lassen, sondern erfüllt uns mit großer Sorge und muss deshalb offen angesprochen werden.

Und wir sehen mit Sorge, dass die Polarisierung zwischen Staat und Gesellschaft weiter zunimmt. Tatsache ist, dass sich die russische Gesellschaft selbst sehr schnell und tiefgreifend modernisiert und mehr politische Partizipation, Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit und deutlich weniger Korruption einfordert. Mit dieser dynamischen Entwicklung hält die Politik aber zur Zeit nicht Schritt, vielmehr wächst ihre Distanz zur gesellschaftlichen Entwicklung. Dies hat zur Folge, dass sich die politische Führung vermehrt mit restriktiven Maßnahmen zu helfen versucht, anstatt dieses großartige Potenzial seiner Bürger für die Modernisierung des eigenen Landes zu nutzen. Gesellschaftlich engagierte Bürger werden von der Staatsmacht häufig nicht als Partner, sondern als Gegner verstanden. Sogar freiwilliges Engagement wird als verdächtig angesehen.

Doch die aus der Mitte der russischen Gesellschaft wachsenden Modernisierungsbemühungen liegen im unseren Interesse, weil wir – wie gesagt - ein modernes, demokratisches und rechtsstaatlich verfasstes, ein werteorientiertes Russland als Partner haben wollen. Deshalb sollten die EU und vor allem die zivilgesellschaftlichen Organisationen der EU-Mitgliedsstaaten den innerrussischen Modernisierungsprozess durch konkrete Projektzusammenarbeit mit der russischen Zivilgesellschaft erheblich stärker

unterstützen. Dies richtet sich nicht gegen die russische Führung, sondern stützt die gesellschaftlichen Kräfte, die ihren Beitrag für Fortschritt und Innovation in ihrem Land leisten wollen.

Denn eine deutliche Verstärkung der zivilgesellschaftlichen Kooperation ist ein Wunsch, der aus der russischen Gesellschaft heraus an uns gerichtet wird: Verschiedene Institute - unter anderem das hiesige „Institut für Öffentliche Angelegenheiten“, das Moskauer Levada-Institut oder die „Stiftung Eurasisches Erbe“ - haben kürzlich die öffentlichen Meinungsbilder der russischen Gesellschaft analysiert. Die Studien zeigen nicht nur eine wichtige Annäherung der gesellschaftlichen Wahrnehmung zwischen Russen, Polen und Deutschen. Die den Studien zugrunde liegenden Umfragen machen auch deutlich, dass vor allem die jungen russischen Eliten, die die Zukunft unserer Beziehungen mitbestimmen werden, eine intensivere Vernetzung der russischen Gesellschaft, insbesondere des russischen Mittelstands, mit dem Ausland fordern. Das sollte ein wichtiger Ausgangspunkt für die europäische Russlandpolitik sein.

Mit dem EU-Russia-Civil-Society-Forum und den vielen nationalen nichtstaatlichen Akteuren haben wir für eine Stärkung der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit vielfältige geeignete Möglichkeiten, die wir mehr fördern sollten. Die zivilgesellschaftliche Kooperation muss also ein neuer Schwerpunkt der EU-Russland Beziehungen werden. Denn gerade der zivilgesellschaftlichen Kooperation kommt eine zentrale Rolle zu, wenn wir mit Russland eine werteorientierte Zusammenarbeit pflegen wollen. Dies heißt aber auch, dass *wir* bereit sein müssen, nachdrücklich für die Werte und Normen einzutreten, auf die sich Russland mit seiner Mitgliedschaft im Europarat verpflichtet hat.

Meine Damen und Herren!

Wir sind überzeugt, dass Russland auf dem Weg zu einem modernen, global wettbewerbsfähigen Staat von der aktiven – auch kritischen – Mitwirkung und Mitgestaltung seiner Bürger nur gewinnen kann. Statt Status Quo und Stagnation braucht das Land Öffnung und Innovation. Denn in fast allen internationalen Indices fällt Russland seit Jahren zurück. Das dramatische demografische Problem des Landes verschärft sich; immer mehr kreative Menschen und immer mehr Kapital verlassen das Land - beides würde dringend für die Modernisierung des Landes gebraucht. Trotz aller offizieller Rhetorik bleibt die Wirtschaft in ihrer Rohstoffabhängigkeit gefangen und wird von übermäßiger Bürokratie und systemischer Korruption massiv behindert, letztere hat inzwischen – wie russische Analytiker sagen - Ausmaße einer institutionalisierten Kleptokratie erreicht. Investitionen bleiben zurück - nicht zuletzt in Folge unsicherer Rechtsbedingungen; so haben sich aus diesem Grund – um nur ein Beispiel zu nennen - von 6.500 deutschen Firmen im letzten Jahr rund 200 Firmen aus Russland zurückgezogen.

Als Folge dieser besorgniserregenden Entwicklung wird Russland im weltwirtschaftlichen Vergleich immer weiter zurückfallen, und das wird sich mit den tiefgreifenden Veränderungen auf den internationalen Energiemärkten noch verstärken. Weil Russland

allein nicht in der Lage ist, sich deutlich über den Status eines Rohstoffexporteurs zu einem modernen, weltwirtschaftlich konkurrenzfähigen Staat zu entwickeln, braucht Russland die EU als Modernisierungspartner heute mehr denn je. Wir haben ein klares Interesse am Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen bis hin zu einer vertieften Freihandelszone. Dies wird jedoch nicht möglich sein, wenn beispielsweise die Rechtsstaatlichkeit nicht gestärkt wird und wenn WTO-Verpflichtungen nicht eingehalten werden. Dass sich die EU-Kommission kürzlich gezwungen sah, Kartellverfahren zum einen gegen Gazprom und zum anderen gegen Russland wegen der Umgehung von WTO-Standards durch Recyclinggebühren auf Altautos und des Verbots von Viehimporten einzuleiten, belastet unsere Beziehungen zusätzlich.

In diesem Zusammenhang müssen wir mit Russland auch eine Debatte über unsere unterschiedlichen Ansätze zur Modernisierungspartnerschaft führen. Die Europäische Union und Russland haben 2010 eine Modernisierungspartnerschaft mit dem Ziel einer thematisch umfassenden Partnerschaft geschlossen, die Projekte nicht nur zu Wirtschaftsthemen, sondern auch zu politischen, gesellschaftlichen und zu Rechtsthemen initiieren soll.

Doch müssen wir heute feststellen, dass sich die Voraussetzungen geändert haben. In Russland hat sich die Debatte auf eine rein wirtschaftlich-technische Modernisierung verengt, in der - wie in den 30er Jahren - der militärisch-industrielle Komplex als Lokomotive fungieren soll. Nach unserem Verständnis braucht Innovation nicht Aufrüstung, sondern Kreativität, nicht Abschreckung, sondern Investitionen in „soft power“ wie Bildung, Rechtsstaatlichkeit, Stärkung von Mittelschicht und Mittelstand.

Deutschland, Polen und die Europäische Union stehen weiter für eine umfassende Modernisierungspartnerschaft mit Russland bereit, die der Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Zivilgesellschaft, bürgerlichem Engagement und dem Wachsen einer breiten Mittelschicht dient. Jedoch gibt es in diesen Bereichen bisher wenig Fortschritte, obwohl Präsident Putin dafür auf den EU-Russland-Gipfeln im Juni und im Dezember letzten Jahres seine Unterstützung bekräftigt hatte. Ohne Einbindung der Zivilgesellschaft, insbesondere der gut ausgebildeten, modern denkenden, vernetzten Mittelschicht und ohne mehr Rechtsstaatlichkeit wird es keine wirtschaftliche Modernisierung geben. Das jedenfalls hat sich bisher wiederholt in der Praxis erwiesen: Bei vielen großen Projekten zur wirtschaftlichen Modernisierung bzw. Industrialisierung, die mit teilweise beträchtlichen Investitionen und Know how aufgelegt wurden, sind messbare Erfolge ausgeblieben; zudem musste Russland in den wenigen Bereichen der Hochtechnologie, in denen es ein Spitzenniveau hatte, wie Weltraum oder Flugzeugbau, empfindliche Rückschläge hinnehmen. Umso mehr sollten wir auch weiterhin nachdrücklich darauf bestehen, dass die Modernisierungspartnerschaft nicht nur Projekte zu wirtschaftlich-technologischen Themen enthält, sondern sie muss aus den genannten Gründen auch die Zusammenarbeit im Bereich Rechtsstaatlichkeit und der politischen und gesellschaftlichen Modernisierung einschließen. Nicht zuletzt würden sich dadurch auch die Kooperationsmöglichkeiten in allen Feldern der beiderseitigen Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil erweitern.

Das gilt ebenso für ein neues Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Russland. Deshalb müssen wir weiterhin für ein umfassendes Vertragswerk eintreten, das alle Bereiche unserer Beziehungen betrifft. Russland dagegen will sich nur auf ein Rahmenabkommen einlassen - mit ergänzenden Verträgen nur in denjenigen Bereichen, in denen es für sich die größten Vorteile sieht. Erschwerend kommt hinzu, dass die russische Seite in zentralen Bereichen des Abkommens auf die ausschließliche Zuständigkeit der Eurasischen Wirtschaftskommission der Zollunion zwischen Russland, Belarus und Kasachstan verweist. Das aber ist aus meiner Sicht politisch, aber auch rechtlich völlig inakzeptabel: wenn wir - auf dem WTO-Beitritt Russlands aufbauend - die Vertiefung der Beziehungen einschließlich einer Freihandelszone anstreben, dann könnten wir dies schon rein rechtlich nicht mit einer Institution tun, die Länder repräsentiert, die bei weitem nicht die erforderlichen Standards, beispielsweise die WTO-Standards, erfüllen.

In diesem Zusammenhang ein Wort zur Visaliberalisierung: Nicht nur für Russland ist dies ein zentrales Thema. Auch wir haben ein herausragendes Interesse daran, dass so viele Russen wie möglich die Europäische Union so kennen lernen können, wie sie tatsächlich ist, ohne dass mühsame, zeitaufwändige und kostenintensive Visaformalitäten das erschweren. Beide Seiten vereinbarten 2010 einen schrittweisen, konditionierten Prozess mit dem langfristigen Ziel der Visumfreiheit. Die von Moskau zusätzlich eingebrachte Forderung nach Einbeziehung russischer Dienstpässe jedenfalls beschleunigt diesen Prozess nicht, sondern erschwert ihn nur. Die Aufhebung der Visumpflicht hängt also von der Geschwindigkeit der russischen Umsetzung der vereinbarten Reformen ab.

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Wir wollen eine neue Qualität der Beziehungen zu Russland und diese durch den Ausbau der Modernisierungspartnerschaft, durch Visumfreiheit, durch ein neues Partnerschaftsabkommen und durch die Errichtung einer Freihandelszone zwischen der EU und Russland schrittweise vertiefen. Ja, ich kann mir schließlich auch die von Präsident Putin vorgeschlagene Schaffung einer „*Wirtschaftsgemeinschaft von Wladiwostok bis Lissabon*“ vorstellen. Die Verwirklichung einer solchen Vision erfordert allerdings, dass sich die Europäische Union und Russland auch auf die Grundlagen einer Politik direkter Nachbarschaft verständigen, deren wichtigste Prinzipien die vollständige Achtung der Souveränität und Integrität der Nachbarstaaten sowie gleichberechtigte Beziehungen mit diesen sein müssen. Es kann dabei keine „privilegierten Einflusszonen“ geben. Gemeinsames Ziel muss eine demokratische, rechtstaatlich gefestigte und wirtschaftlich prosperierende Nachbarschaftsregion sein.

Meine Damen und Herren!

Auch in außen- und sicherheitspolitischen Fragen sollte mehr Kohärenz zwischen Russland und der Europäischen Union angestrebt werden. Alle wichtigen internationalen Herausforderungen betreffen die Interessen Russlands und der Europäischen Union gleichermaßen und können gemeinsam besser bewältigt werden. Ich nenne nur die Stichworte: Drogen- und Terrorbekämpfung, Nichtweiterverbreitung von

Massenvernichtungswaffen – hier geht es insbesondere um das iranische Nuklearprogramm; der Syrien-Konflikt; die Herausforderungen in Nordafrika, im Nahen und Mittleren Osten; der Transnistrien-Konflikt; die frozen conflicts im südlichen Kaukasus oder die Zukunftsregion Arktis.

Unser übergreifendes gemeinsames strategisches Interesse ist klar, und das vermitteln mir auch viele russische Gesprächspartner immer wieder: in einer globalen und multipolaren Welt nimmt das relative Gewicht, das Europa, Russland und die USA einzeln, aber auch gemeinsam nach Zahlen und vor allem Wirtschaftskraft aufbringen, kontinuierlich ab. Dies erfordert in Zukunft ein möglichst enges Miteinander, um gemeinsam strategische Risiken zu bekämpfen und gemeinsame Interessen zu sichern. Und wir bringen zusätzlich im Vergleich zu Dritten grundsätzlich eine wichtige gemeinsame Basis für unser Handeln ein: die Verpflichtung auf die Werte der Charta des Europarates. Deshalb stellt sich die Frage, ob nicht für eine engere außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit – zum gegebenen Zeitpunkt – ein EU-Russland-Rat für Außen- und Sicherheitspolitik eingerichtet werden sollte.

Um jedoch zu dieser gemeinsamen Zukunftsvision zu finden, muss sich noch einiges ändern. In einer solchen Partnerschaft hat antiwestliche Rhetorik keinen Platz – antirussische natürlich auch nicht. Ebenso wenig können Druck und Drohungen Mittel außenpolitischen Handelns sein. Vor allem aber ist dafür eine Modernisierung der russischen Außenpolitik erforderlich: auch in der Außenpolitik führt ein reines Status-Quo-Denken nicht voran. Sondern wie im Inneren eines Landes führt dies zu Stillstand und Stagnation bzw. zu der Unmöglichkeit, die Veränderungen in der Welt mitzugestalten. Stärke im 21. Jahrhundert ist mehr als das Veto-Recht im UN-Sicherheitsrat und der Besitz nuklearer Waffen. Sie besteht, anders als früher, in der Fähigkeit, den globalen Wandel aktiv und kreativ zu begleiten. Stärke im 21. Jahrhundert besteht in der Fähigkeit, zu internationaler Konfliktregelung beizutragen, Völkerrecht durchzusetzen und Menschenrechte und Demokratie zu stärken. Stärke im 21. Jahrhundert liegt zudem in globaler Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlicher Attraktivität. Alles andere führt zu dem Gegenteil dessen, was Russland anstrebt: zu weniger Gewicht, weniger Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten - wie beispielsweise im Falle von Moskaus Syrien-Politik.

Nüchterne Realität allerdings ist, dass Russland zur Zeit kein echter außenpolitischer Partner ist. Deshalb werden wir auch weiterhin dort, wo Russland nicht kooperieren will, ohne Russland handeln müssen und, wie sich gezeigt hat, auch handeln können. Auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik sollten wir in der EU konzeptionell klarer abstecken, was wir mit Russland wollen, was wir von Russland erwarten und wie wir handeln sollten, wenn Russland nicht zur Kooperation bereit ist.

Meine Damen und Herren!

Ehe ich zum Abschluss meiner Ausführungen komme, möchte ich noch einmal betonen, was ich eingangs gesagt habe und was unser Leitgedanke in den Beziehungen zu Russland sein

sollte: Wir haben ein starkes Interesse an einem politisch und wirtschaftlich modernen und rechtsstaatlich verfassten demokratischen Russland, das als größter Nachbar zu Sicherheit und Stabilität in der gemeinsamen Nachbarschaft beiträgt und seine internationalen Gestaltungsmöglichkeiten nutzt. Mit Russland verbindet uns eine langjährige Zusammenarbeit in einer großen Breite von Themenfeldern, diese gilt es für die Zukunft zu erhalten und auszubauen. Angesichts der wachsenden internationalen und globalen Herausforderungen sollten die Europäische Union und Russland enger zusammen arbeiten, um gemeinsame Interessen zu sichern und gemeinsame Risiken zu bekämpfen.

Allerdings muss Russland selbst zu einer engeren Zusammenarbeit bereit sein und sich einbringen. Wir wissen nicht zuletzt anhand der jüngsten Entwicklungen, dass dieser Weg nicht frei von Rückschlägen ist. Die angestrebte Vertiefung der Beziehungen erfordert von uns deshalb Festigkeit in unseren Werten und Grundüberzeugungen, Geschlossenheit und Solidarität mit den Partnern in der Europäischen Union sowie einen langen Atem bei der Verfolgung unserer Zielvorstellungen.

In diesem Sinne habe ich in meinen Ausführungen einige große Ziele und weitreichende Projekte umrissen, aber auch wichtige Voraussetzungen und Erwartungen genannt. Dies alles sind strategische Fragen, über die wir uns im EU-Rahmen noch stärker abstimmen müssen. Aus meiner Sicht erfordert die Entwicklung eines EU-Konsenses über eine kohärentere Russland-Politik zunächst eine Verständigung zwischen Polen und Deutschland: Denn wenn sich unsere beiden Länder in diesen Fragen einig sind, dürfte zugleich auch eine wesentliche Übereinstimmung mit denjenigen EU-Partnern möglich sein, die sich im Verhältnis zu Russland von ähnlichen Interessen und Überlegungen leiten lassen wie wir. Wichtig für einen EU-Konsens ist jedoch, dass wir auch mit denjenigen EU-Partnerländern Übereinstimmung finden, die sich stärker auf den Süden als auf den Osten orientieren. Hier ist für unsere beiden Länder Frankreich der wichtigste Partner. Deshalb sollten die Beziehungen zu Russland dauerhaft ein zentrales Thema der Beratungen im Weimarer Dreieck sein.

Meine Damen und Herren!

Ich bin nach Warschau gekommen, um diese Fragen mit Ihnen zu diskutieren und um ein noch besseres Gefühl für die polnische Position zu erhalten. Dabei ist mir gerade auch das Gespräch mit jungen Menschen wichtig. Sie müssen wesentlich länger als ich in den Beziehungen zu Russland leben und sollten sie nach Möglichkeit auch mitgestalten. Deshalb würde ich mich sehr freuen, wenn ich nicht nur Ihre Meinungen zu meinen Ausführungen, sondern auch Ihre Erwartungen und Hoffnungen an Deutschland, an Ihr eigenes Land und an Russland kennen lernen könnte!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!